



NIEDERSCHRIFT

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.09.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Raum, Ort:	Kulturzentrum Hohes Arsenal, Bürgersaal, Arsenalstraße 2-10, 24768 Rendsburg

Vorsitz

Nielsen , Beate

Mitglieder

Wulf , Lennart	entschuldigt
Dreja , Kerstin	
Harders , Martin	
Larsen , Tatjana	
Schlömer , Christian	entschuldigt
Strathmann , Lukas	Vertretung durch Herrn Schildbach
Traulsen Dr., Jan	
Gonnermann , Barbara	
Krieger-Bratke , Daniel	
Link , Stefan	
Puck , Lena	
Stawicki , Sontje	
Wegener , Monika	
Wendt-Köhler , Joachim	

beratende Mitglieder

Frühling , Frank	
Plath , Volker	nicht anwesend
Uhrbrock , Thorsten	nicht anwesend
Voerste , Thomas	

stellvertretende Mitglieder

Schildbach , Norbert	Vertretung für Herrn Strath- mann
----------------------	--------------------------------------

beratende Mitglieder lt. Satzung Jugendamt

Landgrebe , Enken	entschuldigt
Kattemeyer , Jörn	entschuldigt
Küsgens , Konstanze	nicht anwesend
Stryck , Torbjörn	entschuldigt
Wieczorek , Andrea	

Gäste

Krieger , Hans- Joachim
Hartwig , Uwe

Verwaltung

Gulde , Lena
Mönke , Christina
Reichentrog , Carsten
Krause , Heike

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 24.06.2020
3. Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen VO/2020/483
4. Bericht über die Umsetzung von nichtöffentlichen Beschlüssen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen gemäß § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag
- 6.1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der landesweiten Vereinbarung zur Sicherstellung von Leistungen nach dem SGB VIII im Kreis Rendsburg/Eckernförde VO/2020/504
7. Verwaltungsangelegenheiten
 - 7.1. Bericht der Verwaltung
 - 7.2. Vorstellung der Fachgruppe Vollzeitpflege
8. Bericht des KJR über die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde
9. Förderung von Familienzentren - Verteilung der Landesmittel ab 2020 VO/2020/480
10. Erstattung von Elternbeiträgen für Kindertagesbetreuung in Corona-Zeiten VO/2020/481
11. Finanzielle Auswirkungen durch das Verschieben der Kita-Reform auf den 01.01.2021 VO/2020/482
12. Verschiedenes
13. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokoll:

zu 1 **Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Der Ausschuss beschloss nach oben stehender Tagesordnung zu verfahren. Frau Nielsen nahm die Verpflichtung von Frau Lena Puck und Herrn Rene Banaski vor.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 24.06.2020**

Schriftliche oder mündliche Einwendungen lagen nicht vor. Deshalb gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 **Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen** **VO/2020/483**

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 4 **Bericht über die Umsetzung von nichtöffentlichen Beschlüssen**

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Einwohnerfragestunde**

entfällt

zu 6 **Anfragen gemäß § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag**

zu 6.1 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der landesweiten Vereinbarung zur Sicherstellung von Leistungen nach dem SGB VIII im Kreis Rendsburg/Eckernförde** **VO/2020/504**

Herr Voerste beantwortete die Anfrage (siehe Anlage zum Protokoll). Herr Voerste schloss mit einem ausdrücklichen Dank an die Leistungserbringer für ihr Engagement und ihre Kreativität, mit der sie ihre Arbeit, wo möglich, auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie fortgesetzt hatten.

zu 7 Verwaltungsangelegenheiten

zu 7.1 Bericht der Verwaltung

Herr Voerste berichtete, dass die erste Sitzung der Steuerungsgruppe Evaluation Schulsozialarbeit am 02.09.20 stattgefunden hat. Es wurden der Zeitplan für die Umsetzung des Projekts „Evaluation Schulsozialarbeit im Kreis Rendsburg –Eckernförde“ vorgestellt und Indikatoren für die Befragung der Schulsozialarbeitenden festgelegt. Die Fragestellungen werden auch an die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte gerichtet werden. Die nächste Sitzung findet im November statt. Über die Ergebnisse wird im Ausschuss weiter berichtet.

Im Jugend- und Sozialdienst nahm die 4. Fachgruppe „Kieler Umland“ die Tätigkeit ab September übergangsweise in der Emil- Nolde- Schule in Büdelsdorf auf. Es laufen noch Baumaßnahmen, wodurch es zu Einschränkungen der Erreichbarkeit kommen kann.

Frau Mönke teilte mit, dass bei der Investitionskostenförderung im Bereich KiTa durch das Land neben den bereits angekündigten 3,75 Mio. € im Rahmen des Sozialpaketes dem Kreis Rendsburg- Eckernförde weitere 3,0 Mio. € zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Richtlinie befindet sich in der Anhörung. Diesem Verfügungsrahmen von insgesamt 6,75 Mio. € steht aber ein wartendes Antragsvolumen von 11,8 Mio. € gegenüber. Dennoch zeige das Windhundverfahren Wirkung und alle Träger und Kommunen werden dahingehend beraten, bei konkreten Planungsentwürfen einen Antrag beim Kreis zu stellen.

Frau Mönke erläuterte den Ausschussmitgliedern die Hintergründe eines Einzelfalles bei der Vergabe der Fördermittel in Bünsdorf. Der Antrag der Gemeinde über das Amt ist formgerecht gestellt worden und hat gute Chancen, aus den nun bereit gestellten Mitteln eine Zuweisung zu erhalten. Es hat sich vor Ort jedoch eine Bewegung gegen den Neubau einer Kita auf dem bei der Beantragung der Mittel ausgewiesenen Grundstück (auf der Seewiese in Bünsdorf) gebildet. Die Antragstellung im Windhundverfahren lässt es nicht zu, dass nachträglich maßgebliche Änderungen am Antrag vorgenommen werden. Ein Grundstückswechsel wäre eine maßgebliche Änderung, die eine Neuplanung der Maßnahme begründet. Sofern die Maßnahme nicht in der beantragten Form durchgeführt wird und der Kita-Bau auf einem anderen Grundstück erfolgt, ist der Platz im Windhundverfahren verloren und ein neuer Antrag wäre zu stellen. Dies ist Beschlusslage und langjährige Verwaltungspraxis im Kreis. Dem Amt und der Gemeinde ist dieses Prinzip bekannt. Die Gegner der bisherigen Planungen haben beim Kreis eine Ermessensentscheidung angefragt. Dies ist unmöglich und die Regelungen zum Windhundverfahren und der Vergabe der Fördermittel wurden in schriftlichen Stellungnahmen und durch Teilnahme bei einer Gemeindeausschusssitzung auch der Öffentlichkeit noch einmal dargelegt. Das Windhundverfahren wird nach Beschlusslage des Ausschusses weiterhin transparent und gerecht allen Antragstellern gegenüber fortgesetzt.

zu 7.2 Vorstellung der Fachgruppe Vollzeitpflege

Herr Voerste stellte Frau Lena Gulde als Fachgruppenleiterin der Fachgruppe Vollzeitpflege vor.

Frau Gulde erläuterte die Aufgaben und Arbeitsweise der Fachgruppe Vollzeitpflege (siehe Anlage Präsentation) und beantwortete auftretende Fragen.

Es wurde herausgestellt, dass sich die Zusammenarbeit der Fachgruppe Vollzeitpflege mit dem Jugendsozialdienst in einer Phase der Neuorganisation befindet.

Frau Nielsen bedankte sich für die Ausführungen bei Frau Gulde und auch Frau Reiter (entschuldigt).

zu 8 Bericht des KJR über die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Herr Hans- Joachim Krieger vom Kreisjugendring stellte seinem Bericht voran, dass er über die Herausforderungen in der Kinder- und Jugendarbeit in der Krisenzeit berichten möchte. Dazu gehört auch, die ergriffenen Maßnahmen des Landes auf praktische Umsetzbarkeit in der Jugendarbeit zu hinterfragen.

Das Jahr 2020 begann zunächst mit der Bewilligung der Jugendpflegefahrten positiv. Durch die Pandemie ergaben sich dann aber zahlreiche Probleme. Die Ausgangssituation gestaltete sich so, dass keine Schule stattfand, die Freizeitmöglichkeiten stark eingeschränkt waren und die Änderungen im Familienalltag (keine Auszeiten, räumliche Enge) bewältigt werden mussten.

Unter diesen Aspekten ergaben sich notwendige Änderungen in der Arbeitsweise des Kreisjugendrings.

So konnten z.B. die Jugendsammlungen von Haus zu Haus zur Einwerbung finanzieller Mittel nicht in gewohnter Weise durchgeführt werden. Die geplanten Jugendfahrten mussten abgesagt werden, wodurch Stornogebühren entstanden. Die Antragstellungen für die Kostenübernahme der Gebühren mussten sehr kurzfristig erfolgen.

Zusätzlich wurde die Arbeit des Kreisjugendrings dadurch erschwert, dass durch das Land keine klaren, rechtzeitigen und verbindlichen Aussagen zu coronabedingt erforderlichen Einschränkungen getroffen wurden.

Bis kurz vor den Sommerferien gab es trotz Nachfragen keine Regelung für die Ferienfahrten. Mit der dann erlassenen Verordnung erfolgte die Festlegung von zunächst 5 Teilnehmenden einschließlich Betreuungspersonal. In dieser Gruppengröße war die Organisation von Ferienfahrten nicht umsetzbar. Später durften Freizeitfahrten mit 15 Teilnehmenden stattfinden. Durch den Kreisjugendring konnte daraufhin eine Fahrt mit Kindern und Jugendlichen aus überwiegend sozial benachteiligten Familien organisiert werden. Es ist bedauerlich, dass auf Grund der Kurzfristigkeit nur ein Bruchteil der bereitgestellten Mittel für Jugendfahrten abgerufen werden konnte. Teilweise stand auch nicht ausreichend ehrenamtliches geschultes Betreuungspersonal zur Verfügung, um mehrtägige Fahrten abdecken zu können.

Die Juleica- Nachweise für Jugendgruppenleiterinnen und -leiter wurden aber unbürokratisch verlängert und es finden weiterhin Grundkurse und Fortbildungen statt. Das trägt zur Qualitätssicherung der Kinder- und Jugendarbeit bei.

In der Praxis erwies es sich auch als problematisch gerade Kindern mit Migrationshintergrund zu vermitteln, dass sie die Jugendeinrichtung nicht besuchen können, wenn die zulässige Gruppengröße erreicht ist. Hier blieb leider bei einigen der Beigeschmack "weggeschickt" worden zu sein und somit nicht erwünscht zu sein.

Abschließend formulierte Herr Krieger den Wunsch an die Politik, dass in Pandemiezeiten klare und rechtzeitige Regelungen getroffen werden. Das Gesundheitsamt des Kreises könnte Beratungen zu passgenauen Hygienekonzepten anbieten.

Frau Nielsen bedankte sich bei Herrn Krieger und den Mitarbeitenden des Kreisjugendrings für die geleistete Arbeit und das ehrenamtliche Engagement. Diesem Dank schlossen sich die Ausschussmitglieder an.

zu 9 Förderung von Familienzentren - Verteilung der Landesmittel ab 2020 VO/2020/480

Frau Mönke erläuterte die Vorlage und machte deutlich, dass das aufwendige neue Verfahren zum Erhalt der Landesmittel und die späte Zuweisung Ende August für alle Träger und auch für die Verwaltung sehr unbefriedigend sei. Vor allem für die Träger sei dadurch kaum Planungssicherheit vorhanden.

Um dies in Zukunft lösungsorientiert zu verbessern, ist das Antragsverfahren mit dem Land zusammen neu gestaltet und auch für den Kreis intern so vereinbart, dass die Anträge be-

reits im Vorjahr bis 31.10. gestellt sein müssen. Der Kreis berät umfangreich zu den Anforderungen der Antragstellung.

Außerdem hat die Verwaltung geprüft, dass haushaltsrechtlich eine Abschlagszahlung vorbehaltlich der Zuweisung der Landesmittel möglich wäre, wenn sich das Verfahren und die Zuweisung der Landesmittel erneut verzögern sollte.

Der Jugendhilfeausschuss erörterte die Verteilungsmöglichkeiten nach den 3 vorgeschlagenen Modellen ausführlich.

Es wurde darauf hingewiesen, dass 2021 bis zu 18 Familienzentren das Recht auf Antragstellung auf Landesmittel in Anspruch nehmen könnten. Rechtlich kann die Landesförderung unabhängig von einer noch bestehenden Förderung durch den Kreis von allen Trägern von Familienzentren beantragt werden. Ein Sockelbetrag zur Deckung der Kosten für die notwendige 0,5 Personalstelle zur Koordination sollte bestmöglich für jedes Familienzentrum zur Verfügung stehen.

Die späte Auszahlung der Mittel führt die Träger an ihre Leistungsgrenzen, da sie für alle entstehenden Kosten in Vorleistung gehen.

Der höhere Verwaltungsaufwand des Kreises zur Steuerung der Prozesse konnte im Rahmen des Personalbudgets durch Erhöhung der Stundenzahl der Kita-Fachberaterin aufgefangen werden.

Aus den Verwendungsnachweisen und Sachberichten könnte öffentlichkeitswirksam ein Jahresbericht zusammengestellt werden. Ziel der Richtlinie ist es, dass ein kommunales Gesamtkonzept entsteht.

Nichtverwendete Mittel müssen an das Land rückerstattet werden. Deshalb ergeht der Appell an alle Träger, nur Mittel zu beantragen, die auch verwendet werden können.

Beschluss:

Die Abstimmung zu der Vorlage wird erweitert und erfolgt in 3 Schritten:

Abstimmung zum Modell durch Handzeichen:

Variante 1: 4 Stimmen

Variante 2: 9 Stimmen

Variante 3: 0 Stimmen

Beschluss 1:

Der Jugendhilfeausschuss entscheidet sich für die Modellvariante 2 zur Verteilung der Landesmittel für Familienzentren. Die Förderung erfolgt nach Einteilung in 3 Belastungsstufen in Bezug auf den jeweiligen Sozialraum.

Abstimmung zur Dauer der Anwendung des gewählten Verteilungsmodells

Beschluss 2:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Landesmittel für Familienzentren für die Haushaltsjahre 2020 bis 2023 nach der gewählten Modellvariante zu vergeben.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorhaben der Verwaltung einvernehmlich zu – vorbehaltlich der Zuweisung der Landesmittel – jeweils im ersten Halbjahr eine Abschlagszahlung an die Träger zu leisten, sofern die Landesmittel erneut verzögert ausgezahlt werden.

zu 10 Erstattung von Elternbeiträgen für Kindertagesbetreuung in Corona-Zeiten VO/2020/481

Frau Mönke gab Erläuterungen zu der Vorlage und teilte mit, dass alle Erstattungsanträge der Kommunen fristgerecht beim Land angemeldet werden konnten.

zu 11 Finanzielle Auswirkungen durch das Verschieben der Kita-Reform auf den 01.01.2021 VO/2020/482

Die Vorlage wurde durch Frau Mönke erläutert.
Der Kreis Rendsburg- Eckernförde hat das Ziel, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden eine transparente und umsetzbare Lösung bei der Umsetzung der KiTa- Reform zu finden.

zu 12 Verschiedenes

Frau Nielsen gab bekannt, dass die Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses noch nicht zum Thema Haushalt stattfinden könne.
Die Haushaltsberatung erfolgt in einer Sondersitzung am 27.01.2021.
Die übrigen Sitzungen des Ausschusses finden ebenfalls jeweils mittwochs um 17.00 Uhr am 24.02., 19.05., (16.06. Reservetermin), 15.09. und 17.11.2021 statt.
Vorschläge für Räumlichkeiten für die nächsten Sitzungen, die ausreichend groß und verkehrstechnisch gut erreichbar sind, nimmt Frau Nielsen gerne entgegen.

zu 13 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

entfällt

Frau Beate Nielsen
Vorsitz

Heike Krause
Protokollführung